

Stadtparlament Kassel

Beschluss der Sitzung vom 21. Juli 2014

Transatlantisches Freihandelsabkommen - Kommunale Selbstverwaltung schützen

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel setzt sich uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, für den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik ein.

Die Stadtverordnetenversammlung beobachtet mit großer Sorge die aktuellen Meldungen um das derzeit von der EU-Kommission mit den USA hinter verschlossenen Türen verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) sowie das Handelsabkommen mit Kanada (CETA). Alle Anzeichen deuten daraufhin, dass diese Verhandlungen negative Auswirkungen für das kommunale Handeln, z.B. bei der öffentlichen Auftragsvergabe, bei der Gestaltung der regionalen Energieversorgung, dem kommunalen Umweltschutz, der Förderung und Unterstützung der Kultur (z.B.: Theater), der Erwachsenenbildung (z.B.: Volkshochschulen) wie auch für die Tarifgestaltung und die Arbeitsbedingungen für Beschäftigten der Stadt Kassel und der städtischen Gesellschaften nach sich ziehen könnten.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert von der EU-Kommission, dem Europaparlament, der Bundesregierung und der Landesregierung in den Verhandlungen darauf Einfluss zu nehmen, dass

1. die aktuellen Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz und Öffentlichkeit zu führen sind.
2. keinerlei Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden vorgenommen werden.
3. die kommunale Daseinsvorsorge sowie Kultur und Bildung nicht Gegenstand der Verhandlungen sein dürfen.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt ausdrücklich den Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages vom 12.02.2014 in dieser Angelegenheit und schließt sich den darin gestellten Erwartungen und Forderungen an.

Gegen die zwei Stimmen der FDP-Fraktion

mit Zustimmung von

SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (Antragsteller)

Fraktion Kasseler Linke

Fraktion Demokratie erneuern/ Freie Wähler

CDU-Fraktion

Herr Stadtverordneter Bayer

angenommen.

Die Fraktionen von Kasseler Linke und Demokratie erneuern/ Freie Wähler zogen ihre eigenen Anträge zurück.